

Scoping Regionalplan

Fronreute - Blitzenreute, 20. Juli 2016

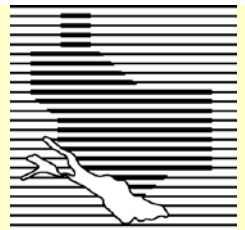
Fortschreibung des Regionalplans

- Umweltprüfung
- Beurteilungsgrundlagen

Dipl.-Biol. Ulrich Donath

Regionalverband Bodensee-Oberschwaben

Regionalverband
Bodensee-Oberschwaben



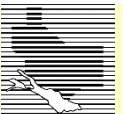
Fachgutachterliche Begleitung von zwei Teilprojekten

- I. **Regionales Biotopverbundsystem** – Schaffung einer erweiterten Beurteilungsgrundlage für die Ausweisung der Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege und der Regionalen Grünzüge und Grünzäsuren (als Vorranggebiete)
- II. **Vertiefte Umweltprüfung** bei Einzelvorhaben (Beispiel: Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe)



I. Regionales Biotopverbundsystem

- **Ermittlung potenzieller Verbundflächen** - Grundlage Biotopverbundkonzepte Land BW, Bund, Generalwildwegeplan, EU (Natura 2000, Wasserrahmenrichtlinie) sowie landesweit verfügbarer Standortökologischer Daten (Oberschwaben: Boden, Geologie, Überschwemmungsgebiete - Auen - und Moorverbund)
- **Regionale Priorisierung** - Festlegung regionaler Schwerpunktgebiete und der regional bedeutsamen Vernetzungsachsen - tierökologische Beurteilung
- **Feinabgrenzung der regionalen Verbundgebiete** – auf Grundlage der Priorisierung erfolgt die Feinabgrenzung, die wiederum Grundlage für die Festlegung von entsprechenden Vorranggebieten im Regionalplan ist (Flächensicherung VRG Naturschutz und Landschaftspflege sowie Grünzüge und Grünzäsuren und Ableitung geeigneter Umsetzungsmaßnahmen, so auch Maßnahmenplan des Landschaftsrahmenplans) - tierökologische Beurteilung



I. Prozess zur Entwicklung eines regionalen Biotopverbundes



II. Vertiefte Umweltprüfung bei Einzelvorhaben

(a) Natura 2000 - Prüfung

Drei Phasen:

1. Vorprüfung
2. Verträglichkeitsprüfung
3. Ausnahmeprüfung

FFH-Vorprüfung

- Erfolgt in der Regel **überschlägig anhand vorhandener Unterlagen** bzw. akzeptierter Erfahrungswerte
- Ermittelt, ob **erhebliche Beeinträchtigungen** durch Ausweisungen auftreten könnten
- Erhebliche Beeinträchtigungen müssen mit Sicherheit auszuschließen sein, sonst muss eine FFH- Verträglichkeitsprüfung stattfinden
- **Verschlechterungsverbot** – Keine erhebliche Beeinträchtigung einer Art oder erhebliche Lebensraumverluste durch eine Planung bzw. eines Vorhabens in Bezug auf die Erhaltungsziele (Erheblichkeitsschwelle)
- **Summationswirkungen durch die Planung sind zu bedenken!**



II. Vertiefte Umweltprüfung bei Einzelvorhaben

(a) Natura 2000 – Prüfung auf Verträglichkeit

Schutz von Lebensräumen bzw. Lebensraumtypen, Erhaltungszustand durch charakteristische Arten bedingt, eine erhebliche Beeinträchtigung liegt vor, wenn das charakteristische Artinventar, Schlüsselarten oder wertgebende Arten maßgeblich betroffen sind
(FFH-RL, Lebensraumtypen - Anhang I)

Gebietsschutz für die Lebensräume bestimmter (prioritärer) Arten
(FFH-RL, Arten - Anhang II)

Artenschutz für besonders geschützten Arten
(FFH-RL, Arten - Anhang IV und Vogelarten nach Anhang I Vogelschutz-Richtlinie)

Entscheidend ist nicht, ob der Plan oder das Projekt innerhalb des Natura 2000 – Gebietes verwirklicht werden soll, sondern auch, ob das Vorhaben von außen auf das Gebiet einwirkt



II. Vertiefte Umweltprüfung bei Einzelvorhaben





(b) Spezieller Artenschutz

Artenschutz nach §§ 44, 45 BNatSchG, Zugriffsverbote:

- **Tötung** von Individuen (Zeitpunkt der Räumung)
- **Störung** der lokalen Population (Erhaltungszustand, Schwarzstorch)
- **Zerstörung** von Fortpflanzungs- und Ruhestätten
- Nutzungen, die erkennbar artenschutzrechtlich unzulässig sind bzw. in einem unauflösbaren Konflikt zum Artenschutzrecht stehen, können nicht Gegenstand einer Ausweisung sein.
- Nur in den Fällen, in denen der Konflikt beherrschbar erscheint, kann auf die Genehmigungsebene abgeschichtet werden.
- Eine regionalplanerische Festlegung, bei der erkennbar ist, dass sie wegen entgegen stehender artenschutzrechtlicher Vorgaben nicht umsetzbar ist stellt eine rechtlich „nicht erforderliche“ und damit unzulässige „Scheinplanung“ im Sinne der Rechtsprechung dar



II. Vertiefte Umweltprüfung bei Einzelvorhaben - Denkbare Fallkonstellationen im Rahmen der artenschutzrechtlichen Prüfung

Fallgruppen		Ergebnis der überschlägigen Prüfung	Folgerung für weiteres Vorgehen
	A-Fall	<ul style="list-style-type: none"> • Voraussichtlich keine relevanten Artvorkommen bzw. keine erheblichen Betroffenheiten zu erwarten 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine vertiefte Prüfung notwendig
	B-Fall	<ul style="list-style-type: none"> • Relevante Artenvorkommen bekannt bzw. zu erwarten • Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände ist wahrscheinlich, unter Umständen jedoch vermeidbar • Maßnahmen sind voraussichtlich möglich, für ggf. verbleibende Tatbestände erscheint zumindest eine Ausnahme durch Vermeidungs-, Minimierungs- oder CEF-Maßnahmen denkbar 	<p>Entweder Planung aufgeben oder falls Planung weiterverfolgt werden soll:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Intensivere Auseinandersetzung mit Thema (vorhandene Genehmigungen) • Ggf. zusätzliche Untersuchungen, vgl. § 2a Abs. 2 LplG (inkl. Anlage 1 LplG) und § 9 ROG • Ggf. auf Nutzungseinschränkungen/ Auflagen im Regionalplan hinweisen
	C-Fall	<ul style="list-style-type: none"> • Relevante Artenvorkommen bekannt bzw. zu erwarten • Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände voraussichtlich gegeben • Keine Vermeidung durch CEF-Maßnahmen möglich • Ausnahmsweise Zulassung erscheint nicht möglich 	<ul style="list-style-type: none"> • Planung nicht realisierbar und damit mittelbar rechtlich unzulässig
	D-Fall	<ul style="list-style-type: none"> • Keine ausreichenden Kenntnisse zur Beurteilung relevanter Artenvorkommen 	<p>Entweder Planung aufgeben oder falls Planung weiterverfolgt werden soll:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dokumentation des Kenntnisdefizites in der Begründung zur regionalplanerischen Festlegung und Hinweis auf notwendige Untersuchungen auf Vorhabenebene oder • Intensivere Auseinandersetzung mit Thema • Ggf. zusätzliche Untersuchungen, vgl. § 2a Abs. 2 LplG (inkl. Anlage 1 LplG) und § 9 ROG, danach gegebenenfalls Einordnung in eine der Fallgruppen A bis C

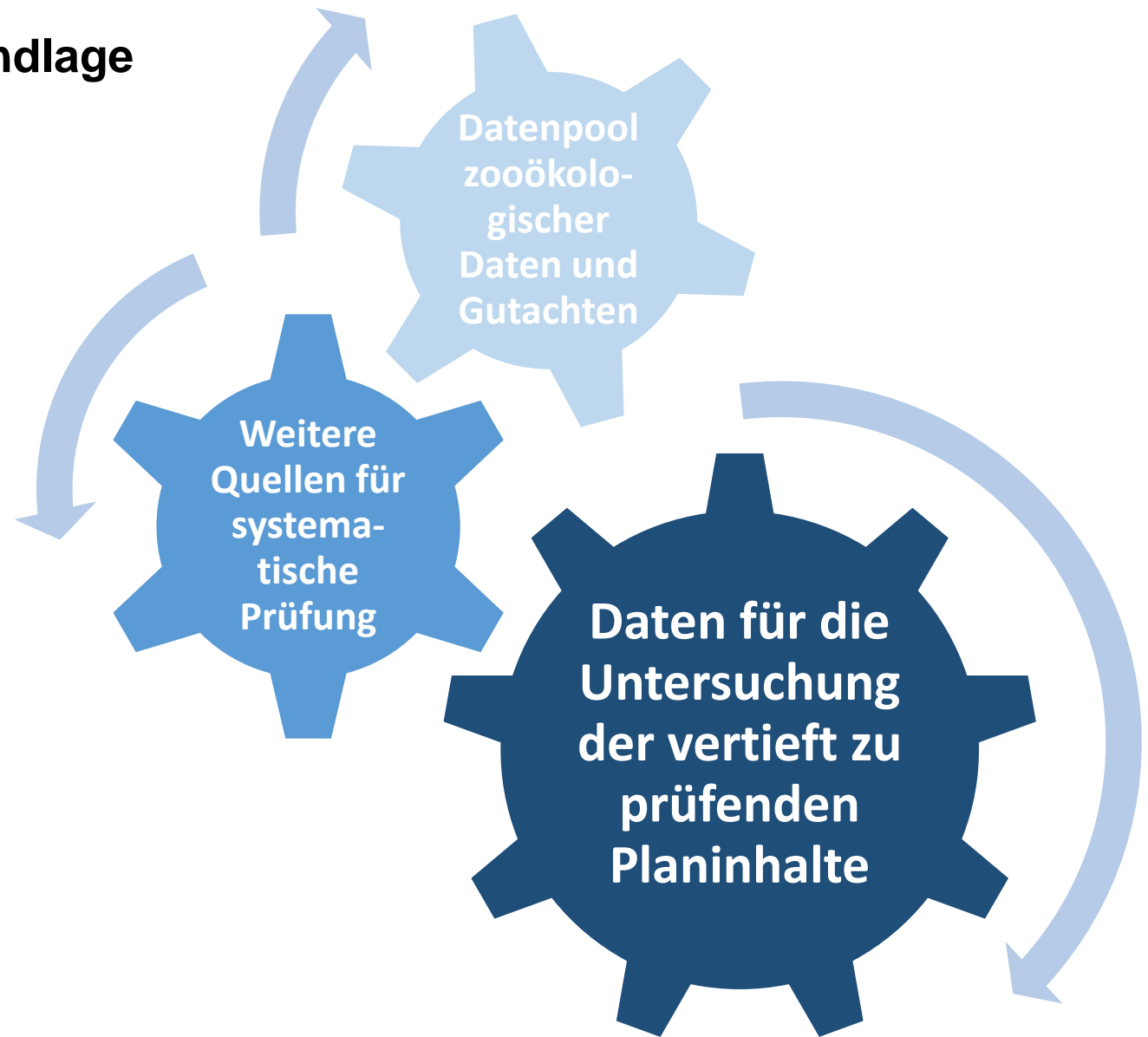


II. Vertiefte Umweltprüfung bei Einzelvorhaben – Beispiel: Ausweisung Vorranggebiete für oberflächennahe Rohstoffe

1. Über 100 Teilflächen als Interessengebiete – Nach Prüfung der Eignung und des Bedarfes - überschlägige Umweltprüfung durch Regionalverband aufgrund der vorhandenen Datenbasis, Strukturen, Ortskenntnissen, Luftbilder 2013 – Grobeinteilung nach Ampelprinzip
2. Prüfung der Flächen durch Fachbüro mit erweiterten Datenpool
Abstimmung mit Regionalverband über Einstufung. Ergebnis: 2/3 = grün, 1/3 = orange oder gelb
3. Fachgutachterliche Prüfung primär der gelben und orangenen Flächen im Hinblick auf Artenschutz und Lebensraumstrukturen
4. Fachgutachterliche artenschutzrechtliche Einschätzung, Bewertung nach Fallkonstellationen, Steckbrief, ggf. zweite Begehung
5. Bewertung der Ergebnisse durch den Regionalverband - Ausweisungen zur Sicherung der Rohstoffvorkommen und des regionalen Bedarfes nach Anwendung weiterer Prüfkriterien



Beurteilungsgrundlage - Datenbasis



Erweiterter Datenpool zooökologischer Daten

- Schutzgut Flora, Fauna, biologische Vielfalt

Beurteilungsgrundlage (Datenbasis)	Bezugsraum	Bereitstellung/ Quelle	Verfügbar	Jahr
Zielartenkonzept RV, Verbreitung	RV	LRA	Ja	2010
Projekte Sielmann Stiftung	FN	Sielmann Stiftung	Ja	2016
Biotopvernetzungsplan	RV	LEV RV	Ja	2016
FFH Managementpläne	Region	LUBW	Teilweise	2016
Amphibiengutachten	FN	Bodenseekreis	Ja	2004
Fundortdatenbank Heuschrecken	Region	Detzel	Ja	2008
Daten der Flurneuordnung, primär ÖRAs	Region	Vermessungs- und Flurbereinigungsamt	Ja	2016
Leitbild Allgäu	Teil Allgäu	RP Tübingen	Ja	2003
Maßnahmen nach LPR	RV	LEV RV	Ja	2016



Weitere ergänzende Daten für die systematische Prüfung - Schutzgut Flora, Fauna, biologische Vielfalt

Beurteilungsgrundlage (Datenbasis)	Bezugsraum	Bereitstellung / Quelle	Verfügbar	Jahr
Wiedervernetzungskonzept	Region	LUBW	Ja	2016
Biotope der zweiten Biotopkartierung	Region	LUBW	Ja	1981 -1989
Gepl. Schutzgebiete, LSG-dienend	Region	RP Tübingen	Ja	2014
Flächen in Landeseigentum	Region	RP Tübingen	Ja	2014
Historische Luftbilder	SIG	RVBO	Ja	1986
Waldfunktionendaten (hier: Schutzwald Umwelt)	Region	FVA	Ja	2016
Standortskartierungsdaten	Region	FVA	Ja	2016
Wald-Dauerbeobachtungsflächen	Land	LUBW	Ja	
Waldbesitz	Region	FVA	Ja	
Waldflächen	Region	ATKIS	ja	2015



Nicht verfügbare bzw. regionsweit nicht systematisch anwendbare Daten

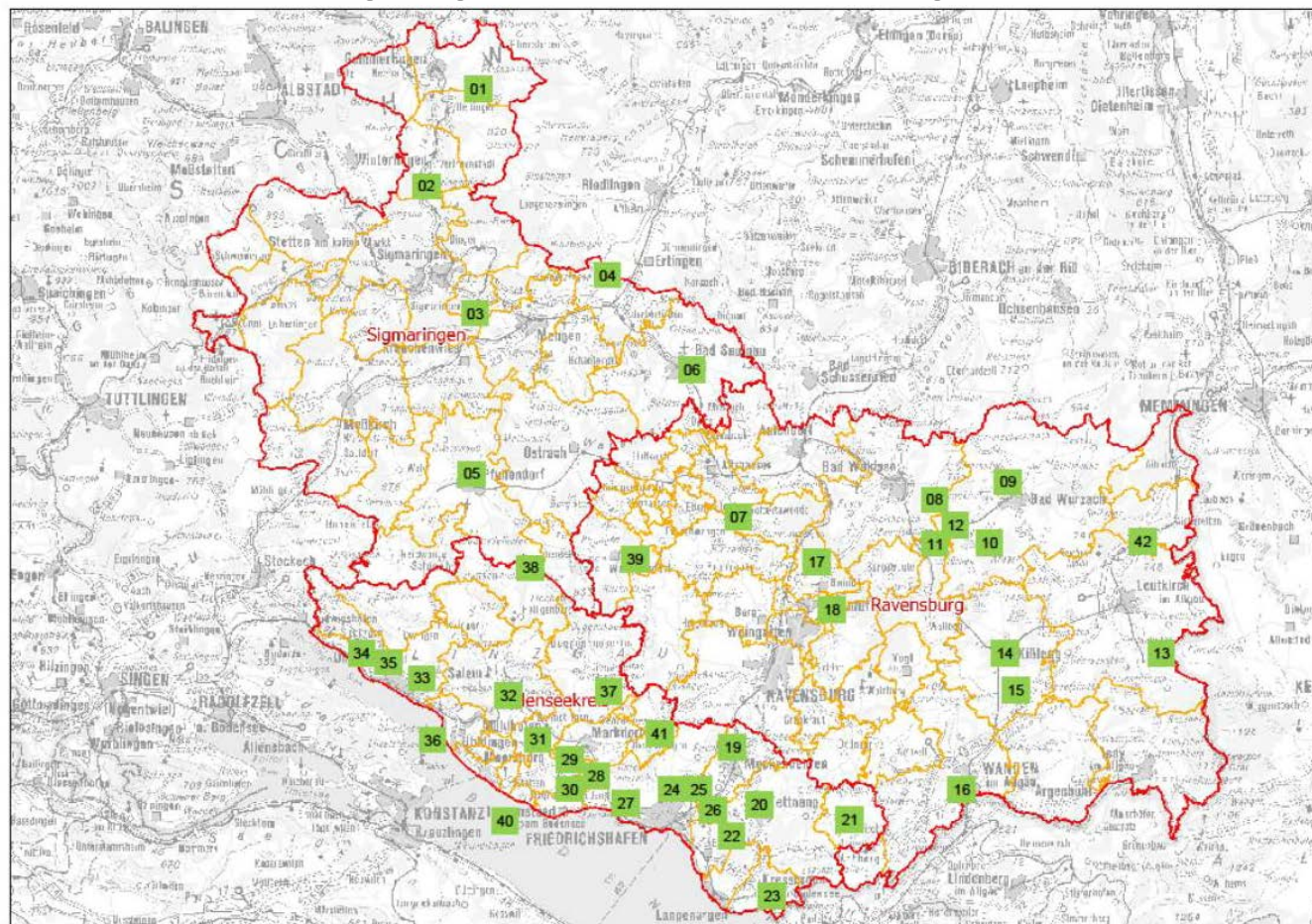
- Schutzgut Flora, Fauna, biologische Vielfalt

Beurteilungsgrundlage (Datenbasis)	Bezugsraum	Bereitstellung / Quelle	Verfügbar	Jahr
Kompensationsverzeichnis	Region	LUBW	Nein	2016
Streuobstbäume (ist im Konzept landesweiter Biotopverbund schon enthalten)	Region (95%)	LGL	Teilweise	2009
Maisanbau - nur auf Gemeindeebene	Region	Stala	Teilweise	2009
Forstliche Standortkartierung	Region	FVA	Teilweise	2015
Gewässerstrukturgütekartierungen, Artfunde Gewässer	Region	LAZBW	Nein	x
Schutzgemeinschaft Libellen	Land	SGL	Nein	x
Landesdatenbank Schmetterlinge u. Libellen	Land	NK-Museum Karlsruhe	Nein	x
Verbreitungsdaten Wiesenweihe	Land	LUBW	Nein	x
Rastvogelbestände	Region	LUBW	Nein	x
Verbreitungsdaten Wanderfalke	Region	AGW	Nein	x



Fachgutachterliche Begleitung

I. Auswertung regionaler projektbezogener Daten / Übertragbarkeit

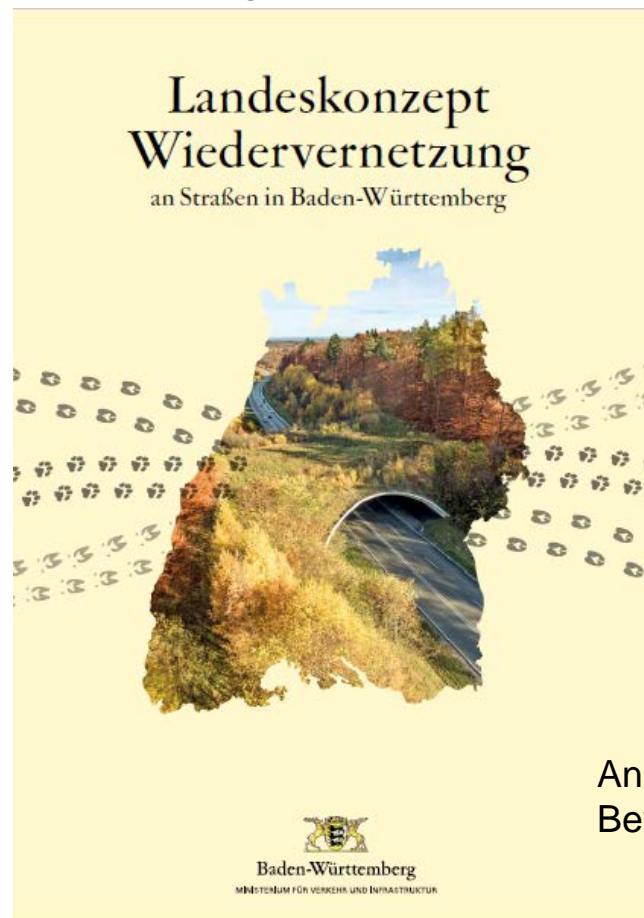
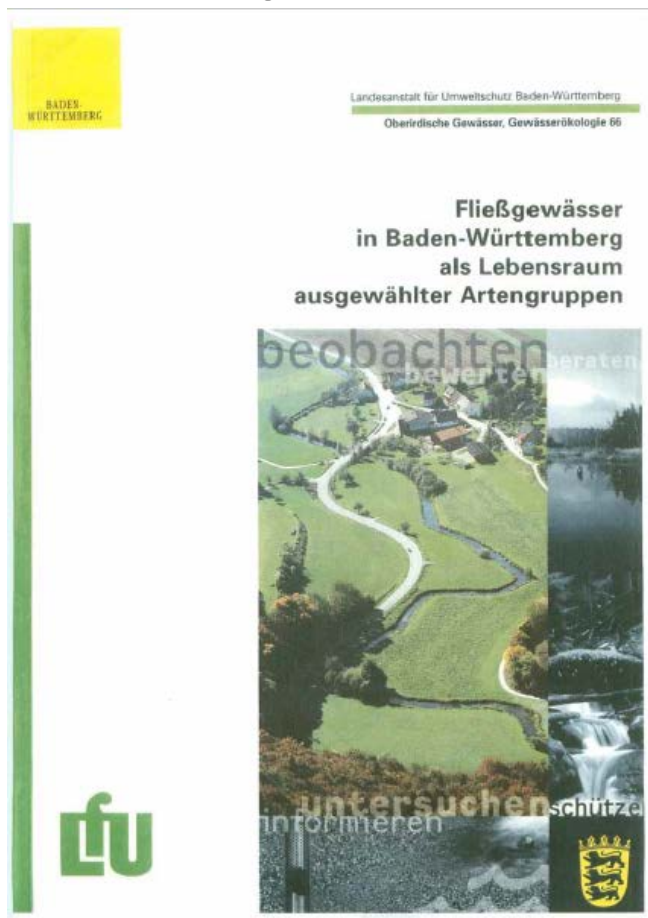


Auswahl Projekte
mit Erhebung
umfangreicherer
Fauna-Daten
durch bzw. unter
Beteiligung AN



Fachgutachterliche Begleitung

II. Auswertung/Input weiterer projektbezogener Daten



Analyse /
Bewertungen



Fachgutachterliche Begleitung

III. Überschlägige Prognose Betroffenheit Artenschutz/ Natura 2000 (soweit vertieft)

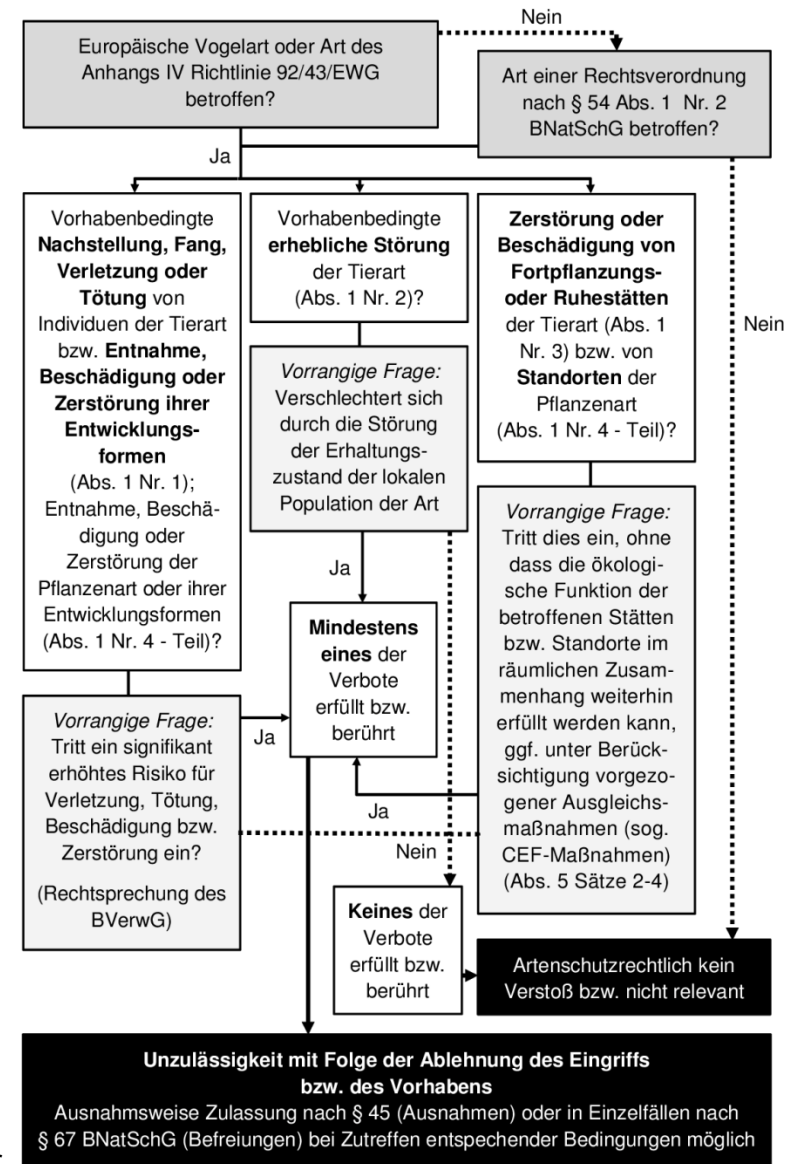
Vorhandene Daten

Ortsbegang

Prüfung anhand Arten-Checkliste
(potenziell im Raum vorkommend),
Erwartungswerte,
Lebensraumstrukturen
(ggf. bestimmte Nachweise)

Einordnung Ampelschema

aus Trautner (2016), ARL-Handbuch i. Dr.





Festlegung Siedlungsabstand

1. „Groppach Urteil“: Zusammenhängende Bebauung kann nur im Einzelfall aufgrund umfassender Wertung und Bewertung des Sachverhalts entschieden werden. (18. Jan 2011)
2. Nach verschiedenen Urteilen werden 5 Häuser als die Minimum Menge für einen Siedlungskern erachtet. Der Abstand sollte nicht mehr als zwei bis drei Baulücken betragen. Es muss ein Bebauungszusammenhang erkennbar sein.
3. Hypothese: 5 Häuser in einem Abstand von jeweils nicht weniger als 100m zueinander bilden einen Siedlungskern
4. Durch Festlegungen der FNP und durch geometrische Operationen können 157.500 von 165.000 Häusern der Region sicher dem Innenbereich und 2.500 sicher dem Außenbereich zugeordnet werden.
5. Weitere Eingrenzungen ergeben noch über 500 Häuser für den Innenbereich und 5000 für den Außenbereich, allerdings nur ca. 250 mit einem Komplex von 4 Häusern. Diese werden noch im Einzelfall begutachtet.



Festlegung Siedlungsabstand – Grenzfall – Beispiel 1

Begründung-olivbraun: Abstand zu allen Häusern mehr als 100m

Begründung-orange: 2 Komplexe mit jeweils < 5 Häuser, dazwischen Abstand mit 140m (bei 120m wären die Komplexe zusammengefasst worden und hätten 5 Häuser in einem Komplex ergeben)



Festlegung Siedlungsabstand - Grenzfall – Beispiel 2

Begründung lila: erweiterter Bereich für Innenbereich, Abstand 110m

Begründung orange: Agglomeration <5 Wohnhäuser



Festlegung Siedlungsabstand – Grenzfall – Beispiel 3

Begründung pink: Agglomeration ≥ 5 Wohnhäuser, Abstand max. 100m

Begründung orange: Agglomeration < 5 Wohnhäuser, Agglomerationen $> 120m$ entfernt, Einzelfallentscheidung



Festlegung Siedlungsabstand – Grenzfall – Beispiel 4

Begründung pink: aufgrund Abstand dem Siedlungskörper zugeordnet

Begründung orange: Außenbereich nach erweiterter Prüfung





Weitere ergänzende Daten für die systematische Prüfung

- Schutzgut Boden

Beurteilungsgrundlage (Datenbasis)	Bezugsraum	Bereitstellung/ Quell	Verfügbar	Jahr
Waldfunktionendaten (hier:Bodenschutzwald)	Region	FVA	Ja	2016
Seen und Weiher des Mittelalters	RV	LRA RV	Ja	2010
Moorkartierung von GÖTTLICH	Region	RVBO	Ja	
Moorkataster der LUBW	Region	LUBW	Ja	2012
Bodenfunktionen BK50	Region	LGRB	Ja	2015
Altlasten	Region	LRÄ	Ja	2015
Geologie (GK50)	Region	LGRB	Ja	2015
Hangneigung ab 10% (DGM5)	Region	LUBW	Ja	2016
Rohstoffvorkommen (KMR 50)	Region	LGRB	Ja	2016
Rohstoffvorkommen (LPK und PRK)	Region	LGRB	Ja	2001
Lagerstättenpotenziale nach Rohstoffgruppen	Region	LGRB	Ja	2015







Fallgruppen von Regionalplaninhalten hinsichtlich Berücksichtigung in der Umweltprüfung

Regionalplaninhalte

Nicht-normative Planinhalte

Regionalplan.
Vorschläge

Nachrichtliche
Übernahmen
ohne konkrete
Umweltauswir-
kungen

Übrige nach-
richtliche Über-
nahmen mit
Planungscha-
rakter

Übrige nach-
richtliche Über-
nahmen mit
Bestandscha-
rakter

Normative Planinhalte

Textliche Ziele
u. Grundsätze
ohne konkrete
Umweltwirkun-
gen

Sybolhafte Aus-
weisungen zur
regionalen
Siedlungsstruk-
tur

Gebietsscharfe
freiraumschüt-
zende Ausweis-
ungen ohne
Nutzungsbezug

Sonstige ge-
bietsscharfe
Ausweisungen

Fallgruppen

A

Keine Berücksichti-
gung in SUP

Berücksichtigung in
SUP als bestehende
Rahmenbedingun-
gen/Vorbelastungen

B

Ergänz. Berücksichtigung
hinsichtlich kumulativer
Wirkungen in

Gesamtplanbetrachtung

C

Berücksichtigung in

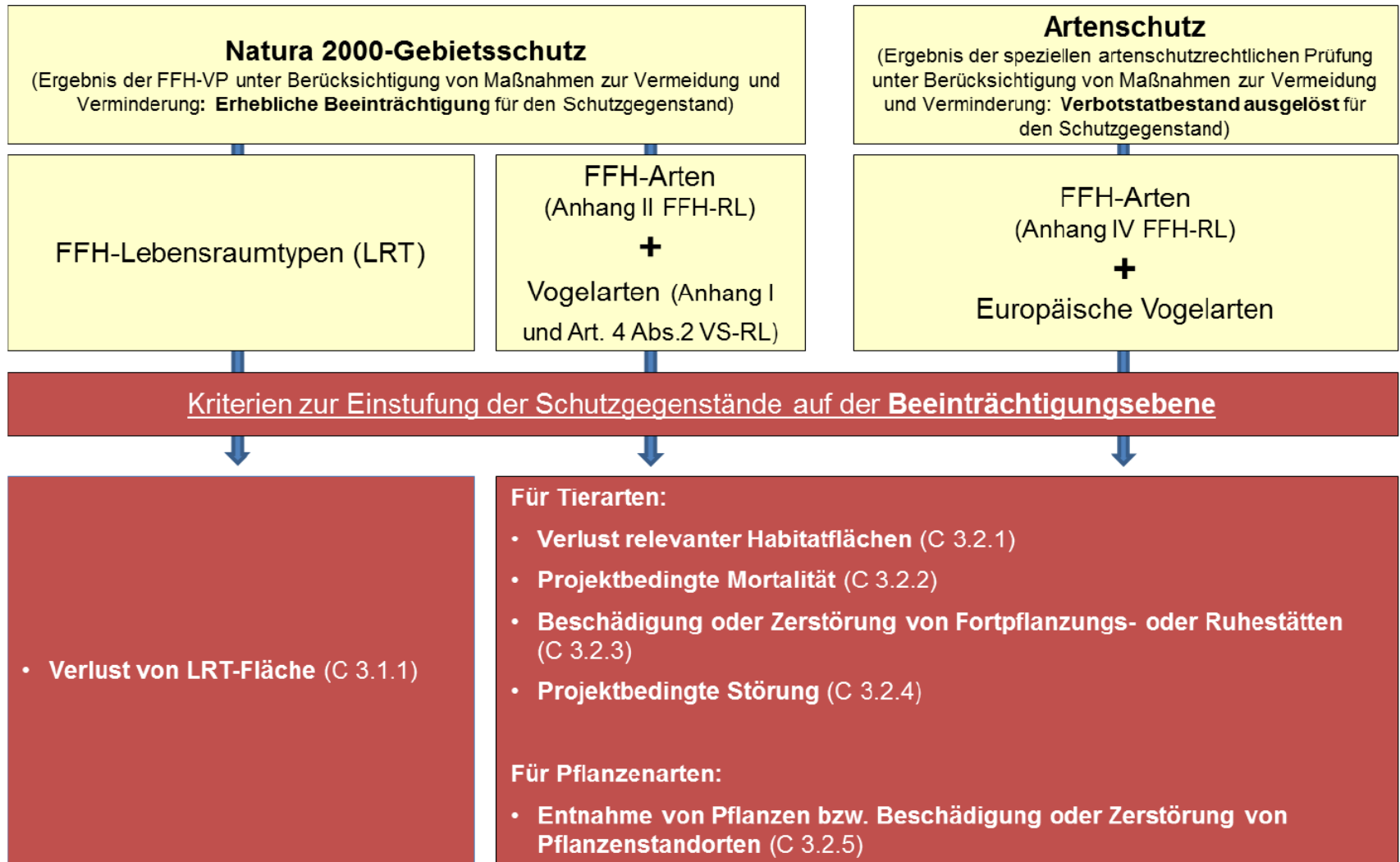
D

Spezifische Prüfung

SUP



Kriterien zur Einstufung des Arten- und Lebensraumschutzes auf Ebene der Beeinträchtigung (s. BfN-Skript 420)



Umweltprüfung

Gesamtplanbetrachtung

- Zentrale Umweltziele
- Kumulative- und Wechselwirkungen
- Umweltauswirkungen des Planwerks in seiner Gesamtheit

Vertiefte Umweltprüfung

- Vorranggebiete für Industrie und Gewerbe,
- Vorranggebiete für den Wohnungsbau,
- Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Rohstoffabbau und -sicherung,
- Vorranggebiete für Trassen regionalbedeutsamer Straßenbauvorhaben,
- Vorranggebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen.

